

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	22/2021-2026
Datum	05.02.2024
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	15:58
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Biermann, Andrea

Prof. Dr. Danne, Harald

CDU-Fraktion

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Lenzer, Carmen

Müller, Armin

Panten, Ingo

Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Frank
Winkler, Lukas Philipp

SPD-Fraktion

Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Egler, Beatrix
Fay, Anja
Grimmer, Andrea
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

Bgo/Die Grünen

Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Krohn, Martin
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Schelberg, Maria
Zühlsdorf-Michel, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Ludwig, Jörg
Peller, Michael
Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Gottsmann, Thomas
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Ohnacker, Christiane
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo
Hartmann, Niklas
Wagner, Steffen

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Korschinsky, Eva
Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Ahrens-Dietz, Heike
Engel, Jürgen
Inderthal, Frank
Krämer-Bender, Rabea
Mulch, Lothar
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo

Sitte, Kevin
Steinraths, Daniel

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Sitzungsteil A

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

Sitzungsteil B

TOP 3.

Einbringung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024/2025 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm

Sitzungsteil C

TOP

Einwand gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 18. Dezember 2023

TOP 4.

Kosten private Sicherheitsdienste
Antrag der AfD-Fraktion vom 24.11.2023
(A-69/2023)

TOP 5.

Unterstützung der Gastronomie
Antrag der AfD-Fraktion vom 27.11.2023
(A-70/2023)

TOP 6.

Beendigung Zusammenarbeit DITIB
Antrag der AfD-Fraktion vom 27.11.2023
(A-71/2023)

TOP 7.

Agrardieselvegütung und Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge muss bestehen bleiben!
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2023
(A-72/2023)

TOP 8.

Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Lahn-Dill-Kreises
(VL-279/2023)

TOP 9.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Kreistagsvorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 22. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Andrea Biermann und Prof. Dr. Harald Danne sowie die weiteren Mitglieder des Kreisausschusses. Weiter begrüßt er die Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und bei Youtube.

Vorsitzender Volkmann (CDU) beglückwünscht den Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Prof. Dr. Danne zu dessen Geburtstag und überreicht einen Blumenstrauß.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er begrüßt den Abgeordneten Walther als Nachrücker für Frau Lefe`vre in der FWG-Fraktion. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde. Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass zu der Sitzung mit Schreiben vom 18. Januar 2024 sowie Einladungsschreiben zur Erweiterung der Tagesordnung vom 24. Januar 2024 form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt oder auf eigenen Wunsch digital zur Verfügung gestellt worden. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagsitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 1. Februar 2024 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 31. Januar 2024 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion „Vollsperrung des Stippbachweges verhindern“

Abgeordneter M. Bender (CDU) begründet die Dringlichkeit mit der 3-Wochen-Frist, innerhalb der sich die Gemeinden zwischen Ehringshausen und Sinn nach Vorgabe des Staatlichen Landrates einigen müssten. Aus Gründen des Naturschutzes und der Naherholung und wegen der Interessen der Berufspendler aus den Ortsteilen Dreisbach und Niederlemp müsse eine Vollsperrung für den Kraftverkehr vermieden werden. Stattdessen sollten Alternativen geprüft werden.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit. Es drehe sich um eine seit 1964 asphaltierte Verbindungsstraße zwischen kleineren Ortschaften in Ehringshausen und Sinn Herborn. Das Bevölkerungs- und Verkehrsaufkommen seien überschaubar. Die Qualität der Straße und ihre rechtliche Einordnung seien strittig. In Ehringshausen habe die Gemeindevertretung beschlossen, dass die Nutzung der Straße durch die Allgemeinheit weiter gewährleistet sein solle. Ein Einvernehmen mit der Gemeinde Sinn werde angestrebt. Das Anliegen des Antrages sei wichtig, aber nicht dringlich.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen, die laut HGO eine 2/3 Mehrheit erfordere:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Die Dringlichkeit wird mehrheitlich verneint und der Antrag daher auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Führerscheinstelle

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass im Zusammenhang mit dem Umtausch eines Papierführerscheins in einen EU-einheitlichen Kartenführerschein vor dem Hintergrund vielfältiger Beschwerden folgende Feststellungen getroffen, Ziele festgelegt und Maßnahmen eingeleitet worden seien.

Im Hinblick auf den zu erwartenden Bedarf in Höhe von ca. 6.000 Terminen pro Jahr in der Führerscheinstelle sei festgestellt worden, dass der Fachdienst mehr Personal benötigen, das dazu in der Lage sei, den Terminbedarf bei regelhaften Rahmenbedingungen annähernd zu erfüllen. Saisonale Spitzen, z. B. durch den Umtauschtermin im Januar, könnten nicht zeitnah abgefangen werden. Die auf dem Online-Portal angebotenen Termine zum Umtausch hätten sich als zu gering erwiesen, so dass es für den Bürger schwierig sei, einen Termin zu erhalten. Daher habe man mit den Mitarbeitenden beider Führerscheinstellen vereinbart, dass im Bereich des Sachgebietes Umtausch stets Online-Termine für den Bürger zur Verfügung stünden. Es solle gewährleistet werden, dass dem Bürger innerhalb von 6 Wochen ein Termin angeboten werde. In begründeten eilbedürftigen Angelegenheiten solle der Bürger die Möglichkeit haben, auch kurzfristig einen Termin zu erhalten. Die telefonische Erreichbarkeit sei bereits wesentlich verbessert worden. Im Sachgebiet würden kurzfristig zur Unterstützung zwei neue Mitarbeitende (aus der Stellenplanreserve) zugeordnete. Diese sollen im Sommer dauerhaft dort eingesetzt werden. Außerdem werde dem Sachgebiet ein Praktikant zugeordnet. In der Kreisverwaltung habe man zudem eine Abfrage zur Gewinnung weiterer Mitarbeitenden gestartet, die befristet beispielsweise durch Stundenerhöhungen die Führerscheinstelle unterstützen möchten. Kurzfristig prüfe man den Einsatz zweier Initiativ-Bewerberinnen. Die Funktionsfähigkeit der Hotline werde durch den IT-Service geprüft. Telefonische Bedarfe sollten dadurch wesentlich besser abgewickelt werden können und die Erreichbarkeit der Führerscheinstelle werde verbessert. Die Termine zum Umtausch würden für 16 Wochen online dargestellt und angeboten. Die Zahl der Online buchbaren Termine werde um 50 % gesteigert. Der Internetauftritt des Kreises werde modifiziert, so dass Kunden mit Umtauschwünschen deutlich erkennen könnten, dass Ihnen 3 Alternativen zur Verfügung stünden: Terminbuchung über die Online-Plattform oder Hotline sowie Umtausche durch Online-Antragstellung. Die Ausgabe der Führerscheine erfolge regelhaft durch Übersendung der neuen Führerscheine an die Antragstellenden durch die Bundesdruckerei (Kosten: 5 €). Die persönliche Ausgabe werde nur ergänzend und nachrangig angeboten. Menschen, die ihren Antrag online gestellt hätten, erhielten unmittelbar durch die Behörde einen Abholtermin. Im Februar und März würden außerdem 3 Sondertermine zur terminfreien Antragstellung angeboten. An diesen Terminen stünden 600 zusätzliche Zeitfenster zur Verfügung. Es werde eine monatliche Evaluierung und ggfs. Ergänzung dieser Maßnahmen geben. er bedankt sich bei den Mitarbeitenden der Führerscheinstelle für ihre Arbeit.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Dworschak (Bgo/Die Grünen) wegen eines begonnenen Zwiegespräches zur Ordnung.

Besuch in Grodzisk Wielkopolski

Landrat Schuster teilt mit, dass er mit einer kleinen Delegation vom 2.-4. Februar den Partnerlandkreis Grodzisk Wielkopolski besucht habe, um dessen 25-jähriges Bestehen zu feiern und zu gratulieren. Es seien auch Besucher aus Browary (Ukraine) und Estland zugegen gewesen. Die Stadt Wetzlar pflege eine Kooperation mit der Stadt Schepetiwka in der Ukraine. Man beabsichtige daher, zusammen mit der Stadt Wetzlar die Vertreter der ukrainischen Städte Browary und Schepetiwka nach Wetzlar einzuladen um sich auszutauschen. Die Vertreterinnen aus Browary hätten sich erheblich für die Unterstützung des Kreises durch Lebensmittel, Sachspenden, Medizinprodukte sowie den Rettungswagen bedankt. Die Vertreterinnen und Vertreter des polnischen Landkreises werde man zum Ochsenfest einladen.

Demonstration in Herborn

Landrat Schuster teilt mit, dass ihm eine Einladung zu einer Demonstration für die Demokratie in Herborn auf dem Marktplatz am 24. Februar um 15 Uhr vorliege. Er bedankt sich an dieser Stelle bei 5.500 Menschen für ihre Teilnahme an der Demonstration in Wetzlar.

Überlassung des Rathauses und des DGH Ebersbach an den Lahn-Dill-Kreis für schulische Zwecke

Erster Kreisbeigeordneter Esch berichtet, dass die Gemeinde Dietzhöhlthal mit Schreiben vom 02.01.2024 mitgeteilt habe, dass die Gemeindevertretung die Überlassung des Rathauses und des DGH in Ebersbach an den Lahn-Dill-Kreis zu einem Preis von 1 € beschlossen habe. Dies gelte nicht für angrenzende Parkflächen. Man könne von einem Auszug aus dem Rathaus Mitte 2024 ausgehen. Das Archiv werde frühestens bis zum Ende 2024 ausgelagert.

Grundschulstandort Manderbach: Errichtung einer Turnhalle mit Mensa und Betreuungsräumen

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit, dass die Gremien der Stadt Dillenburg die unentgeltliche Übertragung des Grundstückes zum Zwecke der Errichtung einer Turnhalle mit Mensa und Betreuungsräumen am Grundschulstandort Manderbach an den Lahn-Dill-Kreis einstimmig beschlossen hätten.

Symposium Geothermie aus alten Bergwerken

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann teilt mit, dass das Symposium Geothermie aus alten Bergwerken in der letzten Woche mit Vertretern des Bergamtes, des HLNUG, des Umweltministeriums, der LEA, des Houses of Energy, des Landesdenkmalamtes, der Universitäten Kassel und Mainz, des Fraunhofer Institutes Bochum, der Firma Vissmann und des Lahn-Dill-Kreises stattgefunden habe. Im Ergebnis solle mit Unterstützung des Landes Hessen ein Wärmeprojekt im nördlichen Lahn-Dill-Kreis untersucht werden. Außerdem solle eine Potentialanalyse in Bezug auf die Kommunen des Kreises durchgeführt werden.

Ausbau der Nahmobilität

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann stellt die Inhaberin der vom Land Hessen geförderten Stelle zur Unterstützung und Verbesserung des Ausbaus der Nahmobilität im Hinblick auf Rad und Fußverkehr vor. Sie biete den Kommunen Hilfestellung bei der Beantragung von Fördermitteln und bei der Umsetzung von Maßnahmen. **Vorsitzender Volkmann** heißt die neue Mitarbeiterin herzlich willkommen.

Wirtschaftswachstum

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne bezieht sich auf Nachrichten über das Absinken des Bruttoinlandsproduktes um 0,3 %. Hessen schneide hier deutlich besser ab (Anstieg des Wirtschaftswachstums um 0,4 %). Dazu trage insbesondere das produzierende Gewerbe im Lahn-Dill-Kreis bei. Das Umsatzwachstum (Stand 11/2023) habe etwa in der heimischen Industrie bei 5,3 % gelegen (Hessen: 0,9 %). Die mittelhessische Industrie erweise sich als robust und aktuellen Herausforderungen gewachsen, was auch der Anstieg der Zahl der Industriebeschäftigten in 2023 um 2 % zeige.

Arbeitsmarktlage

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne berichtet von einem bundesweiten Anstieg der Arbeitslosenquote. Im Lahn-Dill-Kreis sei diese um 0,5 % auf 6,1 % gestiegen, was saisonüblich sei. Positiv vermerkt er, dass die IHK Lahn-Dill für den Kreis 9 % mehr Ausbildungsverträge verzeichne (insgesamt 1.184 neue Ausbildungsverträge). Viele Lehrstellen blieben weiterhin unbesetzt. Er kündigt ein Netzwerktreffen der Automobilzuliefererindustrie am 20. Juni an und lädt die Fraktionsvorsitzenden hierzu ein. Frau Dr. Burkert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation sowie Demografie) und Herrn Hanno Kempermann vom Deutschen Institut der Wirtschaft (Transformationsstrategien) habe man für dieses Treffen gewinnen können. Weiter kündigt er eine Leistungsschau der heimischen Industrie für den 13. und 14. März in der Buderus-Arena in Wetzlar an. Es handele sich um eine Fachmesse rund um die Zukunftstechnologien Optik, Photonik, Elektronik und Mechanik. Der Lahn-Dill-Kreis sei Sponsor. Er bietet den Mitgliedern des Kreisausschusses und des Kreistages an, das Kontingent an Freikarten zu nutzen.

Mitteilungen des KT-Vorsitzenden

Nachrücker Bauausschuss

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Abgeordnete Lemler (SPD) auf eigenen Wunsch den Bauausschuss zum 31.12.2024 verlassen habe. Für ihn rücke der Abgeordnete Scholl (SPD) in den Bauausschuss nach. Die Abgeordnete Boch (FWG) habe ebenfalls auf eigenen Wunsch den Bauausschuss verlassen. Für sie rücke der neue Abgeordnete Walther (FWG) in den Bauausschuss nach. Der Abgeordnete Polat (SPD) sei am 29. Januar 2024 zum neuen Vorsitzenden des Bauausschusses gewählt worden.

Nachrücker Bildungsausschuss

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die Abgeordnete Lefèvre durch ihr Ausscheiden aus dem Kreistag auch aus dem Bildungsausschuss ausgeschieden sei. Für sie rücke die Abgeordnete Boch (FWG) in den Bauausschuss nach. Die Abgeordnete Boch sei am 30.01.2024 zur neuen Vorsitzenden des Bildungsausschusses gewählt worden.

Frauen- und Gleichstellungskommission

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass mit dem Ausscheiden der Abgeordneten Lefèvre aus dem Kreistag auch ihr Platz in der Frauen- und Gleichstellungskommission nachzubesetzen sei. Für sie rücke laut Wahlvorschlag der Koalition vom 13.09.2021 die Abgeordnete Boch (FWG) als Mitglied des Kreistages in die Frauen- und Gleichstellungskommission nach.

Schulkommission

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass außerdem mit dem Ausscheiden der Abgeordneten Lefèvre aus dem Kreistag ist auch ihr Platz in der Schulkommission nachzubesetzen sei. Für sie rücke laut Wahlvorschlag der Koalition vom 13.09.2021 der Abgeordnete Blöcher-Weil (FWG) als Mitglied des Kreistages in die Schulkommission nach.

Betriebskommission der Volkshochschule Lahn-Dill

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass mit dem Ausscheiden der Abgeordneten Lefèvre aus dem Kreistag schließlich auch ihr Platz als stellvertretendes Mitglied in der Betriebskommission der Volkshochschule Lahn-Dill nachzubesetzen sei. Für sie rücke laut Wahlvorschlag der Koalition vom 13.05.2021 die Abgeordnete Esch (FWG) als stellvertretendes Mitglied des Kreistages in die Betriebskommission der Volkshochschule Lahn-Dill nach.

Zu TOP 2.
Fragestunde

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass eine Frage des Abgeordneten Bellinghausen (AfD) zu **Energiekosten im Zusammenhang mit der Migrantenunterbringung** vorliege.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) fragt:

Da die Antworten der Kreisverwaltung, was die Höhe der Kosten für Sicherheitsdienste in den vom Kreis betriebenen Migrantenunterkünften angehe, für überraschend und erschreckend gewesen sei, stelle er folgende Frage

„Welche Kosten für Strom, Heizöl bzw. Gas, aufgeschlüsselt nach Unterkunft und Kommune und unter Angabe der jeweiligen Belegungszahlen der Unterkünfte, sind dem Lahn-Dill-Kreis in den Jahren 2022 und 2023 im Zusammenhang mit der Migrantenunterbringung entstanden?“

Zusatzfrage:

„Werden die Kosten mit den Energieversorgern verbrauchsabhängig abgerechnet?“

Vorsitzender Volkmann (CDU) weist zum sitzungsübergreifend wiederholten Mal darauf hin, dass Fragen an den Kreisausschuss ohne Wertung in der Vorbemerkung vorzutragen seien. Der Abgeordnete Bellinghausen (AfD) hatte seiner Frage vorangestellt, dass Antworten der Kreisverwaltung in Bezug auf die Höhe der Kosten für Sicherheitsdienste für manchen überraschend und erschreckend gewesen seien. Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Bellinghausen für diese Vorbemerkung zur Ordnung.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand antwortet, dass bei ca. 125 regulären Gemeinschaftsunterkünften eine pauschale Abgeltung aller Kosten über den Tagessatz 12€-15 € pro Person erfolge, daher könne in diesen Fällen keine Aussage bezüglich der Energiekosten getroffen werden. Die in großen Gemeinschaftsunterkünften anfallenden Kosten würden verbrauchsabhängig abgerechnet:

2022	Maximalbelegung	Gesamtaufwand Strom / Heizöl / Gas
Heisterberg	110 Personen	4.626,27 €
Wetzlar Finsterloh	472 Personen	100.228,56 €
Haiger Paradeplatz	430 Personen	32.057,79 €
		136.912,62 €

2023	Maximalbelegung	Gesamtaufwand Strom / Heizöl / Gas
Heisterberg	110 Personen	48.283,00 €
Wetzlar Finsterloh	472 Personen	245.567,96 €
Haiger Paradeplatz	430 Personen	195.870,63 €
Haiger Kalteiche	250 Personen	28.556,02 €
Wetzlar Bachweide	250 Personen	95.741,55 €
Hüttenberg Rechtenbach	192 Personen	88.045,59 €
		702.064,75 €

Auf die Zusatzfrage antwortet **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand**, dass die Kosten für die kleineren Gemeinschaftsunterkünfte pauschal abgegolten würden. Sie würden spitz abgerechnet zwischen den Betreibern der jeweiligen Unterkunft und den Energieversorgern.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass eine Frage des Abgeordneten Braun (CDU) zur **planmäßigen Abfuhr der Abfallwirtschaft** vorliege:

Abgeordneter Braun (CDU) fragt:

„Die Abfallwirtschaft Lahn-Dill hat im Januar mitgeteilt, dass verschiedene Abfallarten nicht planmäßig abgefahren werden konnten. Wann ist die Abfallwirtschaft wieder in der Lage, alle Abfahren planmäßig sicherzustellen?“

Zusatzfrage:

„Was hat der Kreisausschuss veranlasst, um die noch ausstehenden Abfahren zeitnah nachzuholen?“

Vorsitzender Volkmann (CDU) erteilt Herrn Abgeordneten Braun (CDU) nach protokollarischer Prüfung nachträglich einen Ordnungsruf für den abweichenden Wortlaut durch die Vorbemerkung.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass die AWLD alle Abfallabfahren gegenüber Bürgern an beauftragte Dritte abgegeben habe. Er weist darauf hin, dass die Abfuhr der gelben Tonnen nicht im Auftrag der AWLD erfolge, sondern im Auftrag des Dualen Systems Deutschland. Die durch die AWLD europaweit ausgeschriebenen Leistungen hätten unterschiedliche Laufzeiten und Vertragsbedingungen. Im Januar seien neben den witterungsbedingten Beeinträchtigungen durch den starken Schneefall insbesondere Personalmangel, lange Reparaturzeiten der Abfallsammelfahrzeuge und lange Lieferzeiten für die neuen Fahrzeuge dafür verantwortlich gewesen, dass es zu den bedauerlichen Leistungsmängeln gekommen sei. Seit geraumer Zeit habe die AWLD auf die schlechte Erfüllung der Vertragsleistungen mit Ermahnungen, Abmahnungen, Vertragsstrafen und Ersatzvornahmen reagiert. Nach Mitteilung der Vertragspartner könne man davon ausgehen, dass sich die Abfallabfahren im Laufe des ersten Quartals 2024 wieder normalisieren würden.

Auf die Zusatzfrage antwortet **Erster Kreisbeigeordneter Esch**, dass man die im Januar ausgefallenen Abfalltouren aus Kapazitätsgründen nur eingeschränkt nachholen könne. Man werde daher Abfallbeistellungen bei der nächsten regulären Abfuhr erlauben und mitnehmen. Die AWLD habe zwischenzeitlich ein eigenes Abfuhrfahrzeug angeschafft, dass nun auch zum Einsatz kommen könne.

Sitzungsteil B

Zu TOP 3.

Einbringung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024/2025 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm

Vorsitzender Volkmann (CDU) verweist auf den Plätzen im Entwurf vorliegenden Haushaltsplan 2024/2025 mit seinen Bestandteilen, sowie die zugehörige Beschlussvorlage (VL-11/2024). Diejenigen, die den Haushaltsplan in digitaler Form erhalten, hätten diesen am Vormittag per Mail zugesandt bekommen. Er weist darauf hin, dass in dieser Sitzung lediglich der Haushalt durch den Landrat eingebracht werde. Die Debatte zum Haushalt und die Beschlussfassung, ggfs. mit Änderungen, erfolge in der Kreistagssitzung am 18. März. Es folge nun die Haushaltsrede des Landrates.

Landrat Schuster bringt die Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2023-2027 ein. Seine Rede zur Einbringung des Haushaltes ist als Anlage dem Protokoll beigefügt. Er bittet um sachliche und faire Beratung.

Sitzungsteil C

Zu TOP

Einwand gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 18. Dezember 2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass der Abgeordnete Bellinghausen (AfD) am 22. Januar 2024 fristgerecht einen Einwand gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 18. Dezember 2023 erhoben habe. Der Wortlaut der Einwendung liege den Abgeordneten im Gremienportal als Anlage vor und sei den Abgeordneten, die nicht am papierlosen Sitzungsdienst teilnehmen, in Papierform übersandt worden. Er bittet um Begründung.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) begründet seinen Wunsch, die Niederschrift zu ergänzen, mit mehr Transparenz, Klarheit und Wahrheit. Während seines Redebeitrages habe es Unterbrechungen durch Tumulte gegeben, die zu einer Sitzungsunterbrechung geführt hätten. Nach der Sitzungspause und der darin abgehaltenen Sondersitzung des Ältestenrates habe es zwei persönliche Erklärungen gegeben. In diesen sei auf Inhalte seiner Rede Bezug genommen worden. Diese gingen aus der Niederschrift nicht hervor. Die Ergänzung solle der besseren Nachvollziehbarkeit dienen. Der Inhalt könne dem Video über die Kreistagssitzung entnommen werden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass der Kreistag über den Einwand entscheide (§ 21 Abs. 5 der Geschäftsordnung). Im Rahmen einer Gegenrede halte er den Einwand formal für nicht zulässig. Eine Niederschrift sei nach HGO-Kommentar nur dann zu korrigieren, wenn sie unvollständig oder rechtswidrig sei. Beides sei nicht der Fall. Ein Verlaufsprotokoll sei notwendigerweise zusammenfassend und führe dazu, dass nicht alle Wortbeiträge wörtlich wiedergegeben würden. Entsprechend sei er der Überzeugung, dass der Einwand abzulehnen sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Einwand abstimmen:

Beschluss

Der Einwand des Abgeordneten Bellinghausen gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 18. Dezember 2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

65 Nein-Stimmen (19 CDU, 18 SPD, 12 B90/die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 4.

Kosten private Sicherheitsdienste

Antrag der AfD-Fraktion vom 24.11.2023

A-69/2023

Abgeordnete Niggemann (AfD) bezieht sich auf die Frage ihrer Fraktion nach den Kosten externer Sicherheitsfirmen in der Migrantenunterbringung in der letzten Kreistagssitzung. Die Zahlen hätten schockiert. Die Zeltanlage auf dem Paradeplatz in Haiger sei z. B. ein halbes Jahr genutzt worden (Gesamtkosten 5 Mio. €). Im Schnitt seien 250 Migranten dort untergebracht worden, die rund um die Uhr von einem externen Sicherheitsdienst bewacht worden seien (Kosten: 1,7 Mio. €). Die Frage nach der Gefährdungslage, die eine solch teure Überwachung erfordere, sei für sie unbeantwortet. Die betroffenen Menschen seien mit Ausnahme der Ukrainer oft illegal mit fehlenden oder falschen

Papieren eingereist, kämen fast alle aus sicheren Drittstaaten und würden dort nicht verfolgt. Das Sicherheitskonzept, für das Unsummen ausgegeben würden, halte sie für übertrieben und ineffizient.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand teilt mit, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 31. Mai 2023 im Rahmen der Kooperation mit den Kommunen zur Beschaffung von Flüchtlingsunterkünften beschlossen habe, dass es eine Sonderregelung für große Einrichtungen (mehr als 150 Plätze) gebe. Für diese übernehme der Lahn-Dill-Kreis allein die Trägeraufgaben und einen Sicherheitsdienst vor Ort. Mit Ausnahme weniger Zwischenfälle habe sich dieses System gut bewährt. Daher werde man daran festhalten.

Auf die Frage des **Abgeordneten Wagner (AfD)** ob er zustimme, dass der Schutz mehr den Insassen vor sich selbst diene, wenn man davon ausgehe, dass es keine Angriffe auf Unterkünfte von Migranten gegeben habe, antwortet **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand**, dass er nicht zustimme.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) ein zweites Mal zur Ordnung, da dieser entgegen der Gewohnheit des Hauses und trotz entsprechender Hinweise in der vergangenen Sitzung den Vorsitzenden nicht adressiert habe.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) fragt nach der Richtung, in die das Sicherheitskonzept ziele. Da Angriffe von außen nicht erkennbar seien, vermute er, dass die Personen in den Einrichtungen voreinander geschützt werden müssten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, das Sicherheitskonzept, das den vom Lahn-Dill-Kreis in den Kommunen errichteten Sammelunterkünften zugrundliegt, mit dem Ziel einer signifikanten Einsparung von mindestens 50 Prozent sofort zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

65 Nein-Stimmen (19 CDU, 18 SPD, 12 B90/die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 5.

Unterstützung der Gastronomie

Antrag der AfD-Fraktion vom 27.11.2023

A-70/2023

Abgeordnete Niggemann (AfD) nimmt Bezug auf den Satz „...das schaffen wir nie wieder ab!“, der im Wahlkampf 2021 gefallen sei und sich auf die gesenkte Mehrwertsteuer im Gastronomiebereich bezogen habe. Dieses Versprechen sei nicht gehalten worden. Das Gastronomiegewerbe und die Bürgerschaft würden die Auswirkungen tragen. Bereits im Januar hätten viele Gastronomen die Preise erhöht (Speisen: fast 10 %; Getränke: 5,4 %). Die Branche befürchte in der Folge sinkende Gästezahlen und große Herausforderungen angesichts der weiter hohen Energiekosten und stetig steigender Ausgaben für knapper werdendes Personal sowie Rohstoffe. Man solle daher auf Kreisebene gegensteuern. Sie nennt direkte finanzielle Unterstützung oder ein subventioniertes Gutscheinsystem.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) stellt richtig, dass die Mehrwertsteuer auf Restaurantbesuche als eine Maßnahme in der Coronapandemie befristet abgesenkt worden sei. Die Befristung laufe nun aus, so dass nicht von einer Steuererhöhung die Rede sein könne. Über die Höhe von Steuersätzen entscheide im Übrigen der Deutsche Bundestag. Es sei nicht Aufgabe des Kreistages, einzelne Branchen ganz oder teilweise von der Mehrwertsteuer zu befreien. Es stünden außerdem keine Mittel im Haushalt für diese Zwecke zur Verfügung, die als freiwillige Leistung ohnehin begrenzt wären. Ein Umsetzen des Antrages sei daher nicht möglich.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zeitnah zu prüfen, inwieweit und durch welche konkreten Maßnahmen die heimische Gastronomie finanziell unterstützt werden kann, um die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung ab dem Jahr 2024 abzumildern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

65 Nein-Stimmen (19 CDU, 18 SPD, 12 B90/die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 6.

Beendigung Zusammenarbeit DITIB

Antrag der AfD-Fraktion vom 27.11.2023

A-71/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) übergibt die Sitzungsleitung an den **Stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Dworschak (B90/Die Grünen)**.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) spricht von einer ernsten Lage und ist der Ansicht, dass die deutsche Bevölkerung an den Rand gedrückt werde. Die Integration vieler Menschen, um die man sich gekümmert habe, sei gescheitert. Annahmen, dass es einen guten unpolitischen Islam gebe und einen problematischen politischen Islam, widerspricht er. In den Ländern, in denen der Islam eine bedeutende Rolle spiele, sei dieser immer Staatsreligion. Toleranz gegenüber Menschen anderen Glaubens und Andersdenkenden sehe man dort nicht. Der Islam gehöre daher weder zu Deutschland, noch in den Lahn-Dill-Kreis. Eine Kooperation des Lahn-Dill-Kreises mit dem Verein DITIB werde nicht benötigt. Mit dessen Hilfe mische sich die Türkei unter dem Deckmantel der Religion in die deutsche Innen- und Außenpolitik ein. Den Alternativantrag der CDU-Fraktion halte er für unverbindlich und unkonkret.

Abgeordneter Volkmann (CDU) führt aus, dass der Alternativantrag seiner Fraktion das Problem DITIB, anders als der Antrag der AfD-Fraktion, nicht als ein Problem der migrantischen Community in Deutschland sehe, sondern als ein Problem des zielgerichteten Antisemitismus in den Strukturen. Es gebe bei DITIB einen strukturellen Judenhass, so dass dieser Verein, ebenso wie islamische Gemeinschaft IGMG und die Islamische Religionsgemeinschaft (IRH), keine vertrauenswürdigen Kooperationspartner für den Lahn-Dill-Kreis seien. Kooperationen müssten daher beendet werden. Seine Fraktion halte es für einen Fehler, dass DITIB die Trägerschaft im islamischen Religionsunterricht in Hessen übernommen habe. Bislang habe es aber keine Vorfälle gegeben, die rechtfertigen würden, die geschlossenen Staatsverträge rückgängig zu machen. Man habe es aber

im Blick. Die muslimische Gemeinschaft im Kreis sei jedenfalls Bestandteil der Gesellschaft, wenn sie mit beiden Beinen auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung stünde.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand erklärt für den Kreisausschuss und als Vorsitzender des Wir-Beirates, dass keine finanziellen Ströme des Lahn-Dill-Kreises zu DITIB existierten. Dies mache einen Unterschied zu geschlossenen Staatsverträgen und direkten Finanzzuflüssen auf Landesebene. Er gehe aber davon aus, dass dies von der hessischen Landesregierung geprüft werde und auf deren Agenda stehe. Im Wir-Beirat hätten die muslimischen Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises einen Sitz. Die entsprechende Satzung zum WIR-Beirat sei einstimmig im Kreistag beschlossen worden. Alle Fraktionen des Kreistages seien ebenfalls dort vertreten. Die Arbeit sei sehr sachbezogen. Zuletzt habe man im Januar eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Antisemitismus engagiert durchgeführt. Eine Gesinnungsprüfung der Mitglieder des WIR-Beirates erfolge allerdings nicht. Dies sei Aufgabe des Verfassungsschutzes oder anderer staatlicher Organe. Er macht noch einmal deutlich, dass es keine Form der Zusammenarbeit mit DITIB gebe.

Abgeordneter Volkmann (CDU) fragt, warum man Vertreterinnen und Vertretern von DITIB einen Sitz im WIR-Beirat zugestehe, während die Mehrheit dieses Hauses bei den Wahlen zum Ausdruck bringe, dass die AfD-Fraktion kein Mitglied in die Frauen- und Gleichstellungskommission entsenden solle. **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand** antwortet, dass dies ggfs. eine Kreistagsmehrheit bei einer Satzungsänderung zum WIR-Beirat, die jedoch nicht als Antrag vorliege, entscheiden könne. Auch bei einer Wahl gebe es keine Gesinnungsprüfung, sondern eine demokratische Abstimmung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Stellvertretender Kreistagsvorsitzender Dworschak (B90/Die Grünen)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Lahn-Dill-Kreis beendet mit sofortiger Wirkung jedwede Zusammenarbeit mit dem Verein „Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“ und stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass dieser Beschluss auf allen Organisationsebenen des Kreises zeitnah umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

65 Nein-Stimmen (19 CDU, 18 SPD, 12 B90/die Grünen, 8 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Im Anschluss lässt **Stellvertretender Kreistagsvorsitzender Dworschak (B90/Die Grünen)** über den Alternativantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

19 Ja-Stimmen (19 CDU)

52 Nein-Stimmen (18 SPD, 12 B90/die Grünen, 8 FWG, 6, AfD, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

1 Enthaltung (fraktionslos)

Zu TOP 7.

Agrardieselvergütung und Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge muss bestehen bleiben!

Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2023

A-72/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Vorsitzender Volkmann (CDU) erinnert, dass der vorliegende Resolutionsantrag der CDU-Fraktion seinerzeit als Dringlichkeitsantrag eingereicht worden sei. Die Dringlichkeit sei jedoch verneint worden, so dass der Antrag nun auf der Tagesordnung sei.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) berichtet von einem Tiefpunkt der Stimmung auf den Höfen. Die Landwirtschaft sei im Zuge des Haushaltsstreites zum Bauernopfer geworden. Die Landwirte reagierten darauf mit landesweiten Protesten. Sie dankt diesen für ihren Kampf für die Zukunft des Berufsstandes.

Auf die Zwischenfrage des **Abgeordneten Wagner (AfD)**, ob es sich nicht im Sinne des Abgeordneten Dr. Büger (FDP) um einen populistischen Antrag handele, bittet **Abgeordnete L. Schäfer (CDU)** um direkte Klärung mit diesem. **Abgeordnete L. Schäfer (CDU)** fährt fort, und spricht sich dagegen aus, dass Landwirte als Tierquäler, Wasservergifter und Naturzerstörer diffamiert würden, dass sie mit überzogenen und praxisfernen Auflagen gegängelt würden und als Bauernopfer dienten. Bei vielen Betrieben sei daher bereits Schluss. Dies sei bedenklich, da es sich bei den Höfen in der Regel um ein Generationenprojekt handele, das Mensch und Tier ein Zuhause gebe. Landwirtschaft sei Heimat, trage zur Ernährungssicherheit bei und dürfe nicht abgeschafft werden. Der klimaschädliche Import von Lebensmitteln wäre die Folge, ebenso wie ihre Verteuerung. Landwirtschaft sei wandelfähig, benötige dafür jedoch Planungssicherheit und Technologieoffenheit. Die zurückgenommene Streichung der grünen Kennzeichen müsse dauerhaft bleiben, da die Straßennutzung eine untergeordnete Rolle spiele. Die Entscheidung zum Agrardiesel sei willkürlich und treffe die deutsche Landwirtschaft ins Mark. Die Aufschiebung bis 2026 helfe nicht. Auch die Erhöhung des CO₂-Preises belaste die Landwirte, ebenso wie die Erhöhung des Dieselpreises. Ihre Wettbewerbsfähigkeit werde dadurch verschlechtert.

Abgeordneter Dr. Marien (Bgo/Die Grünen) äußert seinen Ärger über die Kurzfristigkeit der Maßnahmen, die zu einem Vertrauensverlust geführt habe. Außerdem habe er sich gefragt, warum es gerade die Landwirtschaft treffe: Er könne den Ärger und die Enttäuschung der Landwirte nachempfinden. Im Kreistag habe man jedoch keinen Auftrag, sich mit der Thematik zu beschäftigen und eine Resolution halte er für wirkungslos. In der Sache sagt er, dass die Steuerbefreiung fortbestehen werde, nachdem die Streichung zurückgenommen worden sei. Die Subventionierung des Agrardiesels werde stufenweise bis 2026 reduziert. Die ursprünglich geplanten Belastungen der Landwirte sei damit wesentlich zurückgenommen worden. Die Auswirkungen auf die Betriebe seien unterschiedlich, die überwiegende Mehrzahl der Agrarökonominnen halte den Entfall der Subventionen jedoch für gut begründet. Die Landwirtschaft stehe in einem Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie. Um diesen Konflikt aufzulösen, brauche es andere Rahmenbedingungen. Etwa müssten die Landwirte in ihrer Verhandlungsposition gegenüber übermächtigen Lebensmittelkonzernen unterstützt werden, damit sie faire Preise für ihre Erzeugnisse erhielten. Auch eine Tierwohlabgabe sei denkbar und auf EU-Ebene müsse von Flächensubventionen abgerückt werden.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) ist der Ansicht, dass der Agrardiesel lediglich ein Fass zu Überlaufen gebracht habe. Die Ursachen für die Nöte der Landwirte würden Jahre zurückliegen. Sie nennt Bürokratie und fehlende Planungssicherheit durch kurzfristige Beschlüsse und Maßnahmen. Problematisch sei außerdem, dass es große Unterschiede von großen Konzernen bis hin zu kleineren Landwirtschaften gebe. Es seien die großen Konzerne, die die Preise der Bauern kaputt machten. Subventionen müssten daher anders verteilt werden und sich nicht nur an der Fläche orientieren.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) teilt mit, dass seine Fraktion uneingeschränkt hinter ihren Landwirten stehe, die alle mit gesunden und regionalen Lebensmitteln in hervorragender Qualität versorgten. In den letzten Jahren habe man die Landwirte jedoch mit immer neuen Auflagen, wie z.

B. der Tierwohlaufgabe, Düngemittelverordnung, Pflanzenschutzauflagen und Auflagen zu Flächenstilllegungen massiv unter Druck gesetzt. Um den Haushalt zu heilen werde die Landwirtschaft nun erneut überproportional belastet.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) zur Ordnung für die Verwendung unparlamentarischer Sprache, zuletzt durch den Begriff „entblödet“ in dessen Rede. Er weist darauf hin, dass es sich um den dritten Ordnungsruf in dieser Sitzung handle. Ein vierter Ordnungsruf könne zum Saalauschluss für den Rest der Sitzung führen. Er lässt den Redner in seinem Redebeitrag fortfahren.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) sieht einen Realitätsverlust von Politik sowie Verlust des Bezugs zum Bürger und seiner existentiellen Nöte und Probleme. Die Agrardieselerhöhung wertet er als Steuererhöhung. Europaweit würden die deutschen Landwirte damit den Spitzenplatz für den teuersten Diesel einnehmen. Die bäuerlichen Familienbetriebe würden damit zerstört.

Vorsitzender Volkmann (CDU) merkt an, dass er die Frustration über die Wortwahl des Vorredners wahrgenommen habe. Gerade wenn es um den Sitzungsausschluss gehe, müsse den hohen Maßstäben der Rechtsprechung genüge getan werden. Daher habe er auf einen weiteren Ordnungsruf verzichtet, obwohl er die Rhetorik im Rahmen einer Kreistagssitzung für unangemessen halte.

Abgeordnete Boch (FWG) weist darauf hin, dass jeder seine eigene Meinung auch außerhalb des Kreistages z. B. über Petitionen kundtun und sich objektiv informieren könne. Das Thema selbst gehöre nicht in den Kreistag. Sie spricht sich dafür aus, der Vorlage nicht zuzustimmen und sich stattdessen selbst zu engagieren.

Auf die Frage des **Abgeordneten Hundertmark (CDU)** ob sie selbst an einer Petition teilgenommen habe, antwortet **Abgeordnete Boch (FWG)** dass sich jeder nach seiner eigenen Meinung einer Petition anschließen könne. Sie werde sich selbst ebenfalls objektiv über die Medien informieren und danach eine Entscheidung treffen.

Abgeordneter Wagner (AfD) bittet, die drei verhängten Ordnungsrufe auf ihre Korrektheit hin zu prüfen. Er kündigt unterschiedliches Abstimmungsverhalten in seiner Fraktion an, obwohl der Antrag größtenteils der Auffassung seiner Fraktion entspreche.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) gibt eine persönliche Erklärung ab. Seine Reden müsse der Vorsitzende nicht gut finden, dies sei legitim. Er könne auch anderer Meinung sein. Er bitte jedooch, nicht das Amt als unparteiischer Kreistagsvorsitzender zu missbrauchen, indem wertende Äußerungen über Reden abgegeben würden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert zum wiederholten Male darüber, was eine Persönliche Erklärung im Sinne der Geschäftsordnung sei und was sie nicht sei. Er verliest § 16 der GO des Kreistages. Der Abgeordnete Bellinghausen (AfD) habe weder Äußerungen in der Aussprache in Bezug auf die eigene Person zurückgewiesen noch durch eigene Ausführungen richtiggestellt. Er habe dieses Instrument stattdessen missbräuchlich für einen Redebeitrag verwendet. Damit erteile er den vierten Ordnungsruf in dieser Sitzung. Nach der Geschäftsordnung habe im Ermessen des Vorsitzenden ein vierter Ordnungsruf den Ausschluss von der Sitzung für den Rest des Sitzungstages zur Folge. Daher fordere er den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Dieser kommt der Aufforderung nach.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises wird aufgefordert, sich im Interesse unserer heimischen landwirtschaftlichen Betriebe bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Agrardieselvegütung sowie die Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge bestehen bleibt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

27 Ja-Stimmen (18 CDU, 6 AfD, 2 FWG, 1 fraktionslos)

44 Nein-Stimmen (18 SPD, 12 B90/die Grünen, 6 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 8.

Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Lahn-Dill-Kreises

VL-279/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass man sich im Ältestenrat darauf verständigt habe, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 verbunden zu behandeln.

Auf Antrag der **Abgeordneten Niggemann (AfD)** gewährt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten.

Vorsitzender Volkmann (CDU) nimmt die Sitzung nach der Unterbrechung wieder auf.

Abgeordneten Niggemann (AfD) teilt mit, dass ihre Fraktion wegen des Ausschlusses des Abgeordneten Bellinghausen (AfD) die Sitzung nun komplett verlassen werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) trägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss nach § 4 der Satzung für das Jugendamt des Lahn-Dill-Kreises unter anderem aus 6 stimmberechtigten Mitgliedern auf Vorschlag der im Bereich des öffentlichen Trägers wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe zusammensetze. Wegen des Ausscheidens von Herrn Nils Neidhart (stimmberechtigtes Mitglied auf Vorschlag des AWO, Kreisverband Lahn-Dill) sei ein Nachrücker zu wählen. Es liege folgender Wahlvorschlag der AWO, Kreisverband Lahn-Dill für ein stimmberechtigtes Mitglied vor:

Rene Neutzner

Es sei nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen. Wenn niemand widersprechen könne offen durch Handaufheben über den Wahlvorschlag abgestimmt werden. Auf Nachfrage widerspricht niemand der Anwesenden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt daher über den Wahlvorschlag offen abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag wählt als Nachfolger für Herrn Nils Neidhart

Herrn **Rene Neutzner**, AWO Kreisverband Lahn-Dill,

als neues stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 9.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 24.11.2021 beschlossen habe, dass die AfD-Frauenorganisation ein Mitglied und stellv. Mitglied als sachkundige Person in die Kommission entsenden könne. In den Wahlen der letzten Kreistagssitzungen wurden die vorgeschlagenen Personen nicht gewählt. Es liege folgender Wahlvorschlag der AfD-

Frauenorganisation vor:

Mitglied als sachkundige Person:

Halemba, Monika

Stellvertretendes Mitglied als sachkundige Person:

Clasen, Erika

Bleibt es bei diesen Wahlvorschlägen?

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt weiter mit, dass nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen sei. Wenn niemand widerspreche könne offen durch Handaufheben über den Wahlvorschlag abgestimmt werden. Auf seine Nachfrage widerspricht niemand. Er lässt darauf hin über den Wahlvorschlag offen abstimmen.

Die Wahlvorschläge werden mehrheitlich, ohne Ja-Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Er stellt fest, dass die Bewerberinnen die erforderliche Mehrheit somit nicht erlangt hätten.

Kreistagsvorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 15:58 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 16.02.2024

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

**Sperrfrist: 05. Februar 2024, 10:00 Uhr,
es gilt das gesprochene Wort**

- Entwurf -

**Haushaltsrede des Landrats im Rahmen der Einbringung der Haushaltssatzung
und des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024 und 2025**

1. Einbringung des Haushaltentwurfes und Rahmenbedingungen

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Ihnen heute den vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am
letzten Mittwoch aufgestellten Entwurf des Doppelhaushaltes für die
Haushaltsjahre 2024 und 2025 vorlegen.

Bevor ich auf das Zahlenwerk eingehe, erlauben Sie mir einige persönliche
Anmerkungen zu den Haushaltsplanungen.

Dieser Haushaltsplan ist für mich etwas Besonderes. Meine Amtszeit nähert
sich dem Ende und das wird der letzte Haushalt sein, den ich Ihnen zur
Beratung vorlege. Für meinen letzten Haushaltsplan hätte ich mir
gewünscht, dass ich einen Haushalt mit Überschüssen vorlegen kann. Die
weltwirtschaftliche Lage ist aber leider so, dass die Kommunen so unter
Druck gekommen sind, dass dies nicht geht.

Meinen ersten Haushalt, den ich eingebracht habe 2006 für das
Haushaltsjahr 2007 schloss übrigens auch mit einem ähnlich hohen

Fehlbetrag ab. Damals betrug das Haushaltsvolumen 227,5 Mio. €. Heute liegen wir bei über einer halben Milliarde. Allein dies zeigt die Dynamik in der Entwicklung der Kommunal финанzen.

Meine Amtszeit war reich an besonderen Entwicklungen und auch an Krisenszenarien. Die durch den Zusammenbruch der Lehman-Bank 2008 ausgelöste Finanzkrise war der Auftakt. Die Finanzkrise hatte eine Reihe von „tiefroten“ Haushaltsplänen und Jahresabschlüssen zur Folge. Viele erinnern sich sicher noch an die nachfolgende leidenschaftliche Diskussion um die Einsparungsmaßnahmen durch den Schutzschirm.

Die wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise und den längeren Zeitraum mit Negativzinsen haben uns auf der anderen Seite Investitionen in unsere Schulen ermöglicht. Auch die Konsolidierung unseres Kreditportfolios war erfolgreich. Ein Durchschnittszins von 1,52% bei einer hohen Zinsbindungsdauer zeugen davon.

Nach Schutzschirm und Hessenkasse sind unsere Kreisfinanzen wieder auf die Beine gekommen. Ab 2015 hatten wir Abschlüsse mit Überschüssen im Ergebnis. In 2015 und 2016 hat die große Anzahl ankommender Flüchtlinge das Gemeinwesen und die Kreisfinanzen wiederum auf eine Belastungsprobe gestellt. Diese konnten wir erfolgreich meistern und auch eingedenk der wirtschaftlichen Entwicklung positive Haushalte vorlegen.

Früher hatten die Krisen noch den Anstand nacheinander mit einem gebührenden Abstand zu kommen. Das ist heute anders. Seit der Corona-Pandemie, die 2020 begann, haben wir keine Ruhe mehr gefunden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen: viele Flüchtlinge, die untergebracht und versorgt werden müssen, eine seit langem nicht dagewesene Inflationsrate und eine in dieser Form bisher nicht gekannte Energiekrise haben die Kreisverwaltung und Finanzwirtschaft haben uns in den Krisenmodus versetzt.

Der vor Ihnen liegende Haushalt zeigt, dass wir trotz Krisenmodus weiterhin sehr erfolgreich unsere Aufgaben bewältigen. Wir haben es geschafft, über 6.000 Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf zu geben. Wir haben es geschafft, unseren vielen Pflichtaufgaben weiter aufrecht zu erhalten. Und wir haben es geschafft, eine Vielzahl von Infrastrukturinvestitionen für die Zukunftssicherung durchzuführen.

Die Inflation und große finanzielle Herausforderungen wie die Integration von Geflüchteten, der ÖPNV-Ausbau, die Ganztagesbetreuung der Grundschulkinder, die Umsetzung des Programms „Digitale Schule Hessen“, und Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen und vieles mehr erhöhen den Druck auf unsere Haushalte. Diese ausgabeseitigen Herausforderungen können sehr schnell zu einem generellen fiskalischen Problem führen.

Deshalb lautet die Schlussfolgerung: Wir brauchen eine Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der kommunalen Haushalte durch eine Aufstockung der originären kommunalen Steuereinnahmen. Bei einem Anteil an den öffentlichen Steuereinnahmen von unter 15 % und einem Ausgabeanteil von mehr als 25 % liegt es auf der Hand, dass die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf eine signifikante Aufstockung ihrer Einnahmen angewiesen sind.

2. Der Ergebnishaushalt 2024/2025

Die Risiken für die Haushaltswirtschaft des Lahn-Dill-Kreises sind nach wie vor groß. Ausgabeseitig wird die Situation vor allem von den Ausgaben für soziale Leistungen dominiert. Bei der Umsetzung von Sozialgesetzen tragen die Landkreise und kreisfreien Städte die Hauptlast. Die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Ausgaben für

Asylbewerberleistungen oder zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind sehr stark gestiegen. Auch im Bereich der Jugendhilfe, der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sind die Landkreise kommunaler Hauptlastträger.

Viele Ausgabepositionen müssen durch die stark gestiegene Inflation sowie tariflichen Steigerungen der Personalkosten angepasst werden. Durch höhere Kosten für den Einkauf von lohn- und energieintensiven Sach- und Dienstleistungen steigen die Ausgaben für den Betrieb der Schulen und Turnhallen, der Verwaltungsgebäude und die Kosten beim ÖPNV.

Summa summarum schließt der Ergebnishaushalt 2024 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 25.813.638 € ab. Dies ist eine Verschlechterung von rund 19 Mio. € gegenüber dem Nachtragshaushaltsplan 2023. Im Ergebnishaushalt 2025 rechnen wir mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 15.189.339 €.

Der Doppelhaushalt 2024 /2025 kann in beiden Jahren nur durch Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 97.159.970 € ausgeglichen werden.

3. Der Finanzhaushalt 2024/2025

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir können aus der laufenden Verwaltungstätigkeit unsere Auszahlungen für die ordentliche Tilgung und die Hessenkassen nicht erwirtschaften. Der Haushaltsausgleich ist somit verfehlt.

Vor dem Hintergrund, dass wir aus den positiven Jahresabschlüssen bis einschließlich 2022 ungebundene Liquiditätsüberschüsse erwirtschaften

konnten, können wir den Finanzhaushalt aus den Überschüssen der Vorjahre ausgleichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Haushaltsplan 2024 haben wir das Investitionsbudget nochmals aufgestockt und stellen in Summe 78,3 Mio. € für Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung. Dabei entfallen 68,2 Mio. € auf die Schulen.

2025 wollen wir dann den Vollausbau der Breitbandversorgung mit einem Glasfaseranschluss für jedes Haus beginnen. Für den Breitbandausbau sind insgesamt über 270 Mio. € notwendig. Eine Summe, die der Lahn-Dill-Kreis nicht aufbringen kann. Das Projekt wird durch Zuschüsse von Bund, Land und Kommunen finanziert. Wir übernehmen lediglich die Koordination der Projektarbeiten.

4. Der Stellenplan 2024 und 2025

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Auf der kommunalen Ebene muss vieles der Arbeit geleistet werden, die notwendig ist, um sich den Auswirkungen der Krisen entgegen zu stellen. Hierzu müssen wir auch personell in der Lage sein! Deshalb war die Ausweitung der Planstellen in den letzten Jahren absolut notwendig und wichtig. Unser Personal arbeitet vielfach an und über der Belastungsgrenze das ganze Krisengeschehen in den Griff zu bekommen.

Wir haben uns sehr intensiv mit der Schaffung von Stellen beschäftigt um einen Kompromiss zwischen notwendig und finanzierbar zu finden. Die nun vorgelegte Ausweitung der Stellenanzahl von zusammen 35,7 Stellen stellt das Minimum dar, um die Leistungen der Kreisverwaltung aufrecht zu

erhalten. Für einen regelhaften Betrieb hätte es eigentlich der dreifachen Menge an Stellen bedurft.

5. Bewertung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich hatte es schon erwähnt: Wir müssen auf die weltpolitische Lage reagieren. Die Krisenbewältigung, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter extrem fordert, findet nun einmal im Wesentlichen bei uns statt.

Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen einen defizitären Haushalt vorlegen, der von den Notwendigkeiten der neuen Lage beeinflusst ist. Bei allen wichtigen Aufgaben zur Krisenbewältigung haben wir Lage unserer Städte und Gemeinden im Auge. Wir sind mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in einem konstruktiven Dialog.

Meine Damen und Herren,

wir werden weiter in unsere Infrastruktur investieren.

Der Löwenanteil unseres Investitionsvolumens wird in unsere Schulen fließen. Für die Ausbildung der nächsten Generation gehen wir auch in den kommenden Jahren an die finanzielle Schmerzgrenze. Wir werden unsere Schulen in einen Zustand versetzen, der den gesellschaftlichen und pädagogischen Entwicklungen Rechnung trägt.

Die Investitionen in die Schulen, die Investitionen in den Kreisstraßenbau und die Investitionen in den Breitbandausbau dienen einzig dem Zweck der langfristigen Standortsicherung. Ich bin mir sicher, dass dies der richtige Weg in die Zukunft des Lahn-Dill-Kreises ist.

Bei all unseren Pflichtaufgaben dürfen wir nicht vergessen, dass wir das vielfältige ehrenamtliche Engagement erhalten und mit entsprechender Förderung ausstatten wollen.

6. Abschließende Hinweise

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir stehen vor großen Herausforderungen. Eine hochmotivierte Mitarbeiterschaft und eine engagierte politische Ebene bestärken mich im Glauben an eine erfolgreiche Zukunft. Sie stehen aktuell vor der Herausforderung, sich in das umfassende Zahlenwerk einzuarbeiten. Bei Fragen stehen Ihnen der Kreisausschuss sowie die Verwaltung zur Verfügung.

Die Erstellung des Entwurfs des Doppelhaushaltes 2024/2024 ist unter erschwerten Bedingungen erfolgt. Unsere Finanzabteilung hatte 2023 einen großen personellen Aderlass zu bewältigen, der noch nicht ausgeglichen werden konnte. Trotz Fachkräftemangel wurde eines der größten Softwareprojekte der letzten zwanzig Jahre in der Kreisverwaltung erfolgreich abgeschlossen. Parallel dazu wurde auch noch der Doppelhaushalt 2024/2025 aufgestellt. Mein Dank gilt allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere den verbliebenen Mitarbeiterinnen des Fachdienstes Zentrales Controlling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

damit ist der Entwurf des Haushaltsplanes 2024/2025 entsprechend der Bestimmungen des Gemeindehaushaltsrechts in den Kreistag eingebracht. Namens des Kreisausschusses bitte ich Sie um eine faire und sachgerechte Beratung und danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

